



Dresdner Reden 2012

**19. Februar 2012**

**Andres Veiel**

**„Der Rechtsextremismus und  
das Verantwortungsvakuum“**

**Sächsische Zeitung**  
Was uns verbindet.

Eine Veranstaltungsreihe des Staatsschauspiels Dresden und der Sächsischen Zeitung.

## Die Dresdner Reden 2012

Die Dresdner Reden blicken auf eine über zwanzigjährige Geschichte zurück und sind eine Institution in der Stadt. In den vergangenen Jahren war die Reihe geprägt von der völligen Freiheit der Vortragenden, zu welchem Thema sie sprechen wollten. Kein Motto stand über den Dresdner Reden, allein der „Gedanke zur Zeit“ war das verbindende Element eines Jahrgangs – sonst war es dem Redner überlassen, aus welchem Blickwinkel aus er die Welt betrachten wollte. **Die Sächsische Zeitung und das Staatsschauspiel Dresden, die die Redenreihe als Kooperationspartner ausrichten, haben sich vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse und Entwicklungen entschlossen, in diesem Jahr erstmals eine Ausnahme zu machen. Alle Rednerinnen und Redner des diesjährigen Jahrgangs setzen sich mit den Themen Extremismus und der Gefährdung der Demokratie auseinander.** Frank Richter aus dem Blickwinkel des politischen Beobachters, Gerhart Baum als streitbarer Vordenker, Andres Veiel als engagierter Künstler, Ingo Schulze und Ines Geipel als kritische Autoren und Publizisten. Unserem Glauben an die Wichtigkeit öffentlichen Nachdenkens und Diskutierens wollen wir mit dieser Auswahl nachdrücklich Ausdruck verleihen.

**Frank Richter** (Direktor der sächsischen Landeszentrale für politische Bildung und Moderator der „AG 13. Februar“)  
am 5. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus  
„Demokratisch für die Demokratie streiten. Der 13. Februar in Dresden“

**Gerhart Rudolf Baum** (Bundesinnenminister a. D.)  
am 12. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus  
„Die Menschenwürde als Herausforderung für Staat und Gesellschaft“

**Andres Veiel** (Regisseur und Autor)  
am 19. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus  
„Der Rechtsextremismus und das Verantwortungsvakuum“

**Ingo Schulze** (Schriftsteller)  
am 26. Februar 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus  
„Sich selbst wieder ernst nehmen – über marktkonforme Demokratie und andere Ungeheuerlichkeiten“

**Ines Geipel** (Publizistin)  
am 4. März 2012, 11:00 Uhr, Schauspielhaus  
„Jeder schweigt von etwas anderem. Deutsche Gewaltimplantate nach 1989“

## Andres Veiel

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dieser Vormittag ist ein ethnographisches Ereignis. Mit ethnographisch meine ich etwas, das dabei ist, uns verloren zu gehen, vielleicht sogar schon im Aussterben begriffen ist.

Es ist eben alles andere als selbstverständlich, dass es eine Möglichkeit gibt, eine Stunde am Stück öffentlich nachzudenken, und noch weniger ist es selbstverständlich, dass es dann noch Menschen gibt, die sonntagvormittags in einem Raum zusammenkommen, um sich das anzuhören. Dass das der Fall ist, ist für mich schon ein Zeichen einer Ermutigung. Dafür möchte ich mich erst einmal bedanken.

In Zeiten inflationärer Bebilderung, einer zielgerichteten De-Kontextualisierung von Ereignissen in einer simultan zur Verfügung stehenden unendlichen Informationsflut, sehe ich diese Veranstaltungsform als Chance, bestimmte gesellschaftliche Ereignisse wieder umfassend in ihren Zusammenhängen darstellbar zu machen, ihnen einen historischen und gegenwärtigen Kontext zu geben.

Als Autor und Regisseur habe ich das Privileg, für meine Arbeiten viele Monate, manchmal sogar Jahre, zu recherchieren. Ich arbeite mich an verschiedenen Punkten gesellschaftlicher Erfahrungssedimente ab. Es handelt sich bei diesen Arbeiten um den Versuch einer Tiefenbohrung, bei der ich die Treibsätze von bestimmten Ereignissen, ihre historischen, privaten und öffentlichen Bedingtheiten freilegen möchte.

Ich möchte Sie heute zu zwei Reisen in diese Bohrzone einladen, die eine führt ins Brandenburgische, die andere nach Jena und Zwickau – zu den Wurzeln rechtsextremistischer Gewalt.

Der erste Teil unserer Expedition wird sich mit dem Ursachengeflecht dieser Gewalt, der zweite mit der Rolle der staatlichen Dienste beschäftigen.

Doch zunächst zu den Fakten:

Am 13. Juli 2002 wird im brandenburgischen Potzlow ein sechzehnjähriger Junge über Stunden gequält. Die Brüder Marco (23) und Marcel S. (17) sowie ihr Kumpan Sebastian (17) schlagen und prügeln auf Marinus ein, später treiben sie ihn in einen Stall und ermorden ihn durch einen Sprung auf seinen Hinterkopf.

Als Marinus Schöberl im Juli 2002 sterben muss, hatten Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt bereits vier türkische Kleinunternehmer erschossen. Weitere fünf Morde werden folgen, dazu wird die Gruppierung für ein Nagelbombenattentat in Köln 2004 und den Polizistinnenmord in Heilbronn im Jahr 2007 verantwortlich gemacht. Die Bundesanwaltschaft bezeichnet sie als „rechtsextremistische Gruppierung“, deren Zweck es war, „aus einer fremden- und staatsfeindlichen Gesinnung heraus vor allem Mitbürger ausländischer Herkunft zu töten“.

## Andres Veiel

Der Filmregisseur sowie Theater- und Drehbuchautor **Andres Veiel** beschäftigt sich in seinen Arbeiten mit existenziellen Umbruchsituationen, wobei er häufig das Phänomen sowohl linker als auch rechter Gewalt ins Zentrum rückt. Einem breiteren Publikum wurde er mit seinem Kinofilm „Black Box BRD“ (2001) über den Terror der RAF bekannt, für den er u. a. den Europäischen und den Deutschen Filmpreis erhielt. Für sein Sachbuch „Der Kick“, das das Problem der rechten Gewalt unter Jugendlichen thematisiert, wurde er 2008 mit dem Deutschen Jugendliteraturpreis ausgezeichnet.

Wenn rechtsextremistische Gewalttaten so brutal sind wie der Potzlower Mord, wenn sie so kaltblütig geplant sind wie die Morde der Jenaer Terrorgruppe, dann machen sie vor allem eines: fassungslos. Man begreift nicht, dass Menschen „zu so etwas in der Lage sind.“

Der erste Reflex der Abwehr auf solche Verbrechen ist, die Täter in einen Monsterkäfig zu sperren. Es seien letztendlich pathologische Sonderlinge, die solche Morde verüben, die mit dem Rest der Gesellschaft nichts zu tun haben. Diese Haltung ist angesichts der Monstrosität der Taten nachvollziehbar, verkennt aber, dass die Morde der Zwickauer Zelle wie die Gewalttat in Potzlow in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext stattfinden. Die Täter hatten vor der Tat eine Biographie, die sich kaum von der vieler anderer Altersgenossen unterschieden hat. Gerade die Unauffälligkeit dieser Lebensläufe macht die Taten so bedrohlich, weil sie mit den bekannten Stereotypen nicht erklärbar sind. Dennoch muss man diese Gewalttaten nicht als Phänomen begreifen, dem man blind ausgeliefert ist. Man kann etwas davon verstehen, man kann Gründe und Ursachen finden.

Die jahrelange Auseinandersetzung mit dem Fall in Potzlow mit all seinen Facetten hat für mich einen methodischen Zugriff ermöglicht, der mit einem Werkzeugkasten vergleichbar ist. Mit seiner Hilfe habe ich das Ursachengeflecht dieser Tat auseinander genommen. Ich erlaube mir, einige dieser Erkenntnisse auch auf die Zwickauer Terrorzelle zu übertragen.

Beide Fälle sind in ihrem Ablauf, ihren Hintergründen und Zusammenhängen nur bedingt vergleichbar. Es geht mir nicht darum, diese Unterschiede zu verwischen. Ich glaube aber, dass mit der jeweils spezifischen Analyse dieser Verbrechen ein dritter, universeller geometrischer Messpunkt bestimmt werden kann: der der sozialen, historischen und politischen Dimension dieser Taten. Und damit leistet eine fundierte Analyse rechtsextremistischer Gewalt und ihres gesellschaftlichen Umgangs damit nichts weniger als eine Zustandsbeschreibung unserer Demokratie.

\*\*\*

Ich kannte Potzlow von verschiedenen Wochenendausflügen. Das Dorf liegt in einer Endmoränenlandschaft der Uckermark, achtzig Kilometer nördlich von Berlin. Hinter der alten Backsteinkirche fängt eine Auenlandschaft an, die an die Bilder von Caspar David Friedrich erinnert. Bis zum Horizont wechseln sich Wälder mit Wiesen und Kornfeldern ab, eingebettet liegen dazwischen viele Seen.

Im Juli 2002 erreichten mich die Schlagzeilen von der grausamen Bluttat. Es fiel mir zunächst schwer, den Mord mit der stillen Schönheit der Landschaft zusammenzubringen. Bald sickerte durch, dass bei den Quälereien von Marinus mehrere Dorfbewohner anwesend waren. Sie griffen nicht ein, als die Täter zuschlugen. Als die Polizei sie nach Marinus' Verschwinden befragte, wollten sie nichts gesehen haben. Je mehr ich darüber las, desto größer wurde meine Abscheu. Mein erster Impuls war, die Region zu meiden. Zugleich war mir klar, dass ich damit eine Chance verpasse: Durch genaueres Hinsehen mehr zu erfahren und zu begreifen.

Über das Dorf war im Winter 2002 eine beispiellose Medienwelle gegangen, es war regelrecht belagert worden. Potzlow wurde in den Medien zu einem Dorf der „Mitwisser“, manche sprachen gar von einem „Faschodorf“. Viele im Dorf reagierten auf diese Stigmatisierungen empört, sie wiesen Interviewwünsche brüsk ab.

Das ging mir nicht anders: Nach ersten Anfragen war mir klar, dass Täter, Angehörige des Opfers, Freunde nicht bereit sein würden, vor einer Kamera zu sprechen. Ich entschied mich für einen anderen Weg: Aus den Gesprächen mit Dorfbewohnern, den Freunden und Angehörigen des Opfers und der Täter sollte ein Theaterstück entstehen. Gesine Schmidt, Dramaturgin am Maxim Gorki Theater, und ich fragten uns, wie wir trotz der allgemeinen Abwehr dennoch einen Zugang zu den Menschen in Potzlow finden könnten. Wir hatten ein besonderes Privileg: Wir hatten Zeit für unsere Arbeit, mussten nichts unter Termindruck fertigt stellen. Sonst wären wir angesichts des anfänglichen Widerstands der Beteiligten mit unserem Projekt schon im Ansatz gescheitert.

Nach vielen Anläufen gelang es uns, mit den Eltern der Täter zu sprechen. Bedingung für ein Gespräch war, dass wir kein Tonband mitlaufen lassen. Selbst Notizen waren uns untersagt. Die erste Begegnung verlief stockend, aber nach drei Stunden löste sich die Anspannung. Am Ende des Gesprächs brachten die Eltern uns zur Tür. Die Mutter fragte, ob wir noch einmal wieder kommen würden.

Dieser Moment in der Begegnung mit den Eltern zeigt, dass hinter dem Wunsch nach Verdrängung und Verschweigen auch das Bedürfnis steht, zu sprechen. Im Verlauf der vielen Monate gelang es uns, Schritt für Schritt Vertrauen zu weiteren Gesprächspartnern im Dorf aufzubauen – zu Freunden des Opfers, zu den Tätern selbst.

Am schwierigsten waren für mich die Gespräche mit den Tätern. Sie hatten vor Gericht weder Reue noch Mitgefühl gezeigt. Mit frisch rasierter Glatze und nazistischen Tätowierungen machten sie aus ihrer Gesinnung keinen Hehl. Während des Prozesses wurde bekannt, dass Marco S., der ältere Bruder, über seine Kumpels Zeugen massiv bedrohen und einschüchtern ließ.

Vor der ersten Begegnung mit Marco S. fragte ich mich, ob ich ihm bei der Begrüßung die Hand geben werde. So eine Frage hatte sich zuvor in meiner Recherchearbeit noch nie gestellt. Als ich in die Besuchszelle trete, treffe ich auf einen tief verstörten, verzweifelten Menschen. Marco S. spricht von Selbstmord. Ich wehre mich dagegen, etwas wie Mitgefühl zu empfinden. Zu bewusst ist mir die Grausamkeit seiner Taten. Und auch, dass der Marco S. nicht aus eingestandener Schuld oder gar aus Reue über die Tat so stumm verzweifelt ist. Er hat die Aussichtslosigkeit seiner weiteren Lebensperspektive erkannt, deshalb sitzt er zusammengekauert vor mir. Und zugleich spüre ich, dass dieser Mörder eine Vorgeschichte hat, ein Leben vor der Tat. Zutiefst irritiert verlasse ich das Gefängnis. Diese Begegnung ist zugleich ein Wegweiser für die weitere Arbeit: Es geht um einen Balanceakt – die Monstrosität der Tat nicht zu entschuldigen oder gar zu verharmlosen und zugleich so weit wie möglich im Verstehen der Mörder zu gehen, d. h. ihnen eine Biographie zu geben. Das auszuhalten, ist die eigentliche Herausforderung.

Die Potzlower Tat war nicht geplant. Die Täter treffen auf ein Opfer, das sie gut kennen. Marinus und Marcel, der jüngere Bruder des Haupttäters, hatten öfters zusammen an ihren Moped gesteckt. Am Tatabend trinken sie zusammen mit weiteren Dorfbewohnern, spielen Karten. Marinus verträgt nicht soviel Alkohol, das reizt Marco, ihm einen Schnaps ins Bier zu kippen. Marinus muss sich übergeben, für die Täter ein Beweis, dass Marinus kein „richtiger Mann sei“. Sie zwingen Marinus, noch ein Bier mit einem Klaren zu trinken. Marco, mit seinen damals 23 Jahren der älteste der Täter, beginnt auf das hilflos schwankende Opfer einzuschlagen. Marco markiert damit seine „Führungsrolle“ innerhalb der Gruppe.

Er beschimpft Marinus wegen seiner gefärbten Haare. Er sei kein Mann, und Jude sei er auch noch. Das wolle er mit seinen gefärbten Haaren „verstecken“. Er solle zugeben, dass er Jude sei. Sebastian, der Kumpan des Brüderpaars, steigt jetzt ebenfalls in die Attacken ein. Als Marinus sich weigert, etwas zuzugeben, was er nicht ist, legitimieren die Täter ihre weiteren Schläge mit der „Notwendigkeit“, den Lügner zur Raison zu bringen. Als Marinus nach einem Fausthieb zu Boden fällt, urinieren einer der Täter auf ihn. Juden würden doch Pisse mögen, so der Kommentar. Die anwesenden weiteren Zeugen der Misshandlungen – zwei Männer und eine Frau Mitte Dreißig, raten dem Opfer, zuzugeben, dass er Jude sei. Dann würde „Ruhe einkehren“. Marinus gibt zu, was er nicht ist – was für die Täter erst recht Anlass ist, auf das wehrlose Opfer einzuschlagen. Dann geht ihnen der Alkohol aus, sie verlieren an dem in einer Ecke liegenden Opfer ihr Interesse. Sie verlassen das Haus, Marinus entledigt sich seiner nassen Kleidungsstücke, um ein wenig zu schlafen.

An diesem Punkt lässt sich die erste klare Zäsur in der Tatdynamik festmachen. Die Gewaltorgie hatte ihren vorläufigen Schlusspunkt gefunden, das Opfer war traumatisiert, aber noch am Leben, die Täter vom Alkohol und ihrer Macht über das Opfer berauscht, aber noch mit einem Rest an Gewissen oder Einsicht gesegnet, es mit den bisherigen Quälereien bewenden zu lassen.

Die Täter sind bereits auf dem Nachhauseweg, als Marco S. entscheidet, wieder umzudrehen. Sie könnten Marinus „noch ein bisschen Angst einjagen“. Marco will, dass der „Spaß“ noch weiter gehen soll, er erlebt die grenzenlose Macht über das Opfer als „Kick“. Die Restbestände eines möglicherweise noch vorhandenen schlechten Gewissens, ein wehrloses Opfer zu quälen, wird mit der beschönigenden Aussage paralytisch, es gehe nur darum, dem Opfer noch etwas Angst einzujagen.

Die Täter gehen in die Wohnung zurück, nötigen Marinus mit Schlägen, die vom Urin durchnässten Kleidungsstücke anzuziehen. Sie treiben ihn in einen Stall. Marcel, der jüngere Bruder, der zeitlebens im Schatten des älteren gestanden hat, sieht seine Stunde gekommen: Marcel will seinem Bruder beweisen, dass er mehr ist als nur ein Mitläufer. Inspiriert wird er dabei von einem Film, den er Tage zuvor erneut gesehen hat: „American History X“.

Er beginnt, eine Szene aus diesem Film zu re-inszenieren: Marcel S. zwingt Marinus, in die Kante eines Futtertroges zu beißen und springt wie sein Vorbild aus dem Film auf den Kopf des wehrlosen Opfers.

Marinus kippt zur Seite, lebt aber noch. Der ältere Bruder Marco ordnet an, das röchelnde Opfer mit einem in der Nähe liegenden Gasbetonstein zu erschlagen. Anschließend vergraben die Täter Marinus Leiche in einer aufgelassenen Jauchegrube.

Täter und Opfer kannten sich gut. Sie waren sich in vielem sehr ähnlich. Alle hatten starke Probleme in der Schule und besuchten zeitweise eine Fördereinrichtung. Sie hatten Sprachstörungen, stotterten, wurden deshalb gehänselt und ausgegrenzt. Marco war in Potzlow immer wieder von Gleichaltrigen attackiert worden, der jüngere Bruder Marcel fühlte sich wiederum oft der Gewalt von Marco hilflos ausgeliefert. Sinnbildlich könnte man also davon sprechen, dass die Täter sich in der Schwäche des Opfers wiedererkannt, aber dieses Spiegelbild nicht ertragen haben und es deshalb vernichten mussten.

Einige Monate nach der Tat sitzt Marcel mit einem Kumpel an einer Bushaltestelle und erzählt, dass er Marinus umgebracht habe. Der Kumpel glaubt Marcel nicht. Marcel sagt dann: „Als ich dem auf den Kopf gesprungen bin, das ist geil, das musst du auch mal machen.“

Dieser Satz ist nur schwer erträglich. Und doch drückt er eine Wahrheit aus, die gerne ausgeblendet wird. Der Täter verbindet die Tat mit einem rauschhaften Moment. Nach Jahren der Demütigung, der Nicht-Anerkennung, des-im-Schatten-Stehens wächst dem Täter in diesem Moment eine absolute Macht zu: Er ist Herr über Leben und Tod.

Und noch etwas sagt Marcel zu seinem Kumpel: Marinus sei ein „Assi, ein Jude gewesen, der habe das verdient.“ Ist so ein Satz nur der hilflose Versuch, eine unfassbare Tat nachträglich zu rechtfertigen? Immer wieder habe ich versucht, in den Gesprächen mit den Tätern darauf Antworten zu finden.

Es ist kein Zufall, dass Marcel S. „Assi“ und „Jude“ wie Synonyme verwendet. Es sind Begriffe, mit denen Menschen de-klassiert werden. In dem Weltbild der Täter sind „Assis“ und „Juden“ minderwertig, sie dürfen geschlagen, misshandelt und sogar getötet werden.

Für den letzten Schritt, Marinus mit einem Bordsteinkick hinzurichten, brauchte es noch eine weitere Aufladung: Die genaue Kenntnis des Films „American History X“.

In der Schlüsselszene des Streifens zwingt der ältere von zwei Brüdern, ein Skinhead, einen Afroamerikaner, in eine Bordsteinkante zu beißen. Dann wünscht der Skinhead seinem unter ihm knienden Opfer zynisch „eine gute Nacht“ und springt. Dem Zuschauer wird das Bild des sterbenden Schwarzen vorenthalten, das erleichtert eine ungebrochene Identifikation mit dem Täter. Man sieht dann in Zeitlupe, wie der ältere Bruder sich in heroischer Siegerpose dem jüngeren zuwendet. Der Täter geht wie ein griechischer Kämpfer mit nacktem Oberkörper federnd auf die Kamera zu, mit einem triumphalen Blick.

Der ältere Bruder wird in diesem Moment zum ungebrochenen Helden – der in seiner Stärke zur Identifikation einlädt.

Im weiteren Verlauf des Films wird der Täter festgenommen – im Gefängnis lernt er einen Schwarzen kennen, durchlebt eine grundlegende Veränderung und sagt sich von der rechtsextremen Szene los. Die Intention des Filmemachers ist, diese Wandlung nachvollziehbar zu machen. Diese Botschaft kam auch beim Täter an. Marcel S., auf den Film angesprochen, sagt, dass „American History X“ ja eigentlich ein Anti-Gewalt-Film sei. Er habe mit seinen Kumpels nur einmal den ganzen Film angeschaut, danach aber immer wieder nur die Szene mit dem Bordsteinkick abgesehen.

Seine Äußerung beschreibt den Widerspruch zwischen der Intention des Filmemachers und

den verwendeten ästhetischen Mitteln, die diese Intention unterlaufen. Das eigentliche Faszinosum für den Täter ist eben nicht die wohlmeinende Botschaft des Films, sondern die ästhetische Überhöhung eines Gewalttäters zu einem positiven Helden. Marcel S. wollte im Potzlower Stall so sein wie der ältere Bruder in der Kernszene von „American History X“. Auch deshalb musste Marinus sterben.

\*\*\*

In einem entscheidenden Punkt unterscheidet sich der Potzlower Mord von den Taten der Zwickauer Gruppe: Die Potzlower Täter hatten zunächst keinen Vorsatz, Marinus umzubringen. Die Tat eskalierte im Rahmen eines komplizierten gruppenspezifischen Prozesses. Die im Fall der Potzlower Mörder auffälligen „Zäsuren“, d. h. die Möglichkeit, dass der Tatablauf einen anderen Verlauf nimmt, sind bei den Morden der Zwickauer Zelle ausgeschlossen.

Das erste Opfer der Mörder war ein türkischer Blumenhändler. Enver Simsek hatte einen Freund vertreten, der für zwei Wochen in die Türkei in den Urlaub gefahren war. Die Täter hatten den Tatort gut ausgekundschaftet. Er lag am Rand von Nürnberg, zur Autobahn war es nicht weit. Damit war gesichert, dass Mundlos und Böhnhardt direkt nach dem Mord ohne große Probleme entkommen konnten. Möglicherweise griff die Bande auf Informationen eines örtlichen rechtsextremistischen Netzwerkes zurück, das ihnen bei der Auswahl von Opfer und Tatort behilflich war.

Bisher steht fest, dass die Täter ihr angemietetes Wohnmobil in der Nähe des Tatortes abstellten. Auf zwei mitgebrachten Fahrrädern fuhren sie zu dem ausgekundschafteten Verkaufstand. Ihre Waffe, eine Pistole mit Schalldämpfer tschechischer Herkunft, hatten sie in eine undurchsichtige Plastikhülle eingewickelt. Mit einer verpackten Waffe treffsicher zu schießen, verlangt eine entsprechende Erfahrung. Offenbar haben sich die Täter gut auf diesen Moment vorbereitet. Sie nähern sich dem Opfer und schießen ihm aus wenigen Metern Entfernung in den Kopf. Enver Simsek bricht in einer Blutlache zusammen. Sie nehmen sich noch die Zeit, Fotos ihres Opfers zu schießen, die Jahre später in einem Bekennervideo wieder auftauchen.

Dann schwingen sie sich auf ihre Fahrräder, verstauen sie in ihrem Wohnmobil und verschwinden in Richtung Autobahn.

\*\*\*

Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe waren bis zu ihrem Abtauchen Teil einer gut organisierten rechtsextremistischen Bewegung in Jena. Die so genannten Kameradschaften bieten ihnen Orientierung und Struktur im Sinne einer „Ersatzfamilie“, die eigentlichen politischen Aktivitäten stehen zunächst nicht im Vordergrund. Sie trinken zusammen, besuchen Konzerte, pöbeln Andersdenkende an, schlagen auch mal zu. Die Polizei schaut weg, schreitet nicht ein. Weil die Mitglieder dieser Gruppierungen ungehindert agieren, setzen sie sich nun größere

Ziele – Andersdenkende zu vertreiben, einen Stadtteil „ausländerfrei“ zu halten. Sie bemerken, wie die Angst vor ihnen zunimmt und sie niemand in die Grenzen weist. Sie entwickeln Größenphantasien, zusammen werden sie dafür sorgen, dass „das Gesocks aus ganz Deutschland verschwindet, Recht und Ordnung einkehren und alle Deutschen wieder Arbeit haben“. Sie nehmen Gewalt als eine universelle Sprache wahr, die sofort verstanden wird, die ihnen Anerkennung und vor allem Aufmerksamkeit bietet.

Diese Entwicklung gilt für viele rechtsextremistische Gruppierungen. Aus welchem Selbstverständnis entsteht aus der Splittergruppe einer Kameradschaft eine terroristische Vereinigung? Die Zwickauer Zelle sieht sich in der Rolle einer „elitären Avantgarde“. Sie setzt sich von anderen Gruppierungen ab, indem sie handelt – und nicht nur redet.

Der Akt des Mordens schließt das Risiko ein, bei einer Festnahme selbst getötet zu werden. In ihrem Selbstverständnis stellt das Risiko, das eigene Leben aufs Spiel zu setzen, die eigentliche Differenz zu den legalen Gruppierungen dar.

Die terroristische Karriere der Zwickauer Zelle beginnt 1996 mit einem symbolischen Akt. Im April postieren Mundlos und Böhnhardt auf einer Autobahnbrücke einen Puppentorso, mit einem gelben Davidstern, darunter die Aufschrift „Jude“, Elektrokabel verbinden die Puppe mit zwei auf der Brücke abgestellten Bombenattrappen.

Aus dem Symbol einer hingerichteten Puppe wird im Januar 1997 schon eine täuschend echt wirkende Bombenattrappe, sie befindet sich in einem auffällig rot bemalten Koffer mit zwei schwarzen Hakenkreuzen. Die Täter verwenden dafür etwa zehn Gramm des Sprengstoffs TNT. Der Koffer wird von dem Trio vor dem Jenaer Theaterhaus deponiert, das als Hort der verhassten Linken gilt. Die Bombe ist bereits mehr als eine Attrappe: Sie ist funktionsfähig, zum Zünden fehlt nur noch eine Batterie.

Während Böhnhardt als Mann fürs Grobe gilt, entwickelt sich Mundlos zu einem Strategen des Trios. Er wird mit seinen beiden Mitstreitern zunächst Mitglied in einer Anti-Antifagruppe, die dann ab 1997 im sogenannten Thüringer Heimatschutz aufgeht. Die Gruppe gibt sich elitär, nach außen schottet sie sich zunehmend ab. Ins Leben gerufen wurde sie von Tino Brandt, einem überzeugten Rechtsextremisten, der zugleich V-Mann des Verfassungsschutzes ist. Neben Tino Brandt gilt Ralf W. als einer der führenden Köpfe. Er wird später in der NPD Karriere machen und die Zwickauer Zelle 2000/2001 mit einer Waffe unterstützen.

Die Gruppe lässt Aufkleber herstellen und verteilt sie. „Bratwurst statt Döner“, steht darauf. Mundlos und Böhnhardt reicht es nicht, Aufkleber zu verteilen und linken „Zecken“ Angst einzujagen. „Die wollten Öffentlichkeit für ihre Aktionen“, erinnert sich ein Kumpel.

Kurze Zeit später begnügen sich die Täter nicht mehr mit Attrappen. Böhnhardt und Mundlos deponieren in einem von Portugiesen bewohnten Haus einen Sprengsatz. Nur die Störung am Zünder verhindert die Explosion, die viele Menschenleben gekostet hätte.

Als Fahnder im Februar 1998 in einer Jenaer Garage auf das Waffenlager der Bande stoßen, entdecken sie eine größere Menge des Sprengstoffs TNT und ein ganzes Arsenal an funktionsfähigen Rohrbomben. Uwe Böhnhardt kann ungehindert entkommen. Die Polizeibeamten hatten einen Durchsuchungsbeschluss, aber keinen Haftbefehl.



Als er wenige Tage später dann doch noch ausgestellt wird, sind die Täter bereits abgetaucht. Im Untergrund beginnen sie dann ihr eigentliches mörderisches Tun – mit zehn Toten und mehr als 20 Schwerverletzten.

Die Stufen der Eskalation folgen einem klaren Muster: Jede Straftat liefert einen „Kick“, er steht für das Ausleben von Größenphantasien und eine potenzierte, verdichtete Aggressionslust. Um diesen „Kick“ zu erhalten, muss bei der nächsten Tat das Bedrohungs- und Gewaltpotential gesteigert werden. Möglicherweise finden hier ähnliche Prozesse statt wie bei der Potzlower Tat: In einer mehrköpfigen Täterkonstellation möchte keiner in der Rolle des Bedenkenträgers sein, der den anderen an Mut und Härte nachsteht und damit den „Kick“ gefährdet. Die Konkurrenz untereinander ist deshalb ein maßgeblicher Faktor, die Aggressionslust zu steigern – und damit eine der grundlegenden Bedingungen zur Eskalation der Gewalt.

\*\*\*

Die Zwickauer Zelle verzichtete auf ein Bekenner schreiben im unmittelbaren Tatzusammenhang. Damit unterscheidet sich das Trio deutlich von der RAF und anderen Terrorgruppen. Bei ihnen spielten der Bekennerbrief und die mediale Verbreitung der Tat über ihre Bilder eine zentrale Rolle. Mehr noch als die Tat selbst war für die RAF das eigentliche Ziel des Terrors, über die Bilder der Tat den Schrecken und damit die eigene Wirkungsmacht zu vervielfachen.

Die Zwickauer Zelle hat erst nach Abschluss ihrer Mordserie 2007 Bekennervideos angefertigt. Sie wurden an die Adressaten bereits versandfertig eingetütet, aber nicht verschickt. Erst nach dem Selbstmord der beiden Haupttäter im November 2011 versandte die mutmaßliche Komplizin Beate Zschäpe die Bekennervideos an islamische Kultureinrichtungen, Zeitungen und Nachrichtenagenturen.

Die fehlende mediale Verbreitung der Morde wirft mehrere Fragen auf: Verzichtete das Trio aus Angst vor Entdeckung und Strafverfolgung auf ein öffentlich wirksames Bekenntnis ihrer Taten? Warum wurden die Bekennervideos nicht verschickt? Hat die Gruppe die Taten in erster Linie für sich selbst und ihr Umfeld verübt?

Die Ermittler gehen von mindestens 20 Unterstützern aus, die Gruppe der Mitwisser und Sympathisanten dürfte entsprechend größer sein.

Es ist davon auszugehen, dass das Umfeld die rassistische Grundhaltung der Täter teilte, mit der Ermordung der Opfer sympathisierte, sich aber seinerseits scheute, eigenständig zur Waffe zu greifen. Hier greift ein Mechanismus, der sich auch bei vielen anderen terroristischen Organisationen und ihrem Unterstützernetz beobachten lässt. Sympathisanten argumentieren immer aus einer geschwächten Position. Sie werfen sich vor, nicht konsequent genug zu sein, in den Untergrund zu gehen oder gar Menschen zu ermorden. Je größer das daraus resultierende Schuldgefühl – desto größer die Abhängigkeit von den Tätern. Die Sympathisanten fühlen sich verpflichtet, zu helfen, gerade weil sie persönlich nicht das Risiko der mörderischen Tat auf sich nehmen. Und die Täter ihrerseits wissen diese Situation für sich zu instrumentalisieren. Sie bauen ein feines Netz von Privilegien und Sanktionen auf. Einige auserlese-

ne Unterstützer bekommen mehr Informationen, andere werden von einem Tag zum anderen „ausgeknipst“. In dieser pyramidalen Struktur stehen die Täter ganz oben – angetrieben von ungebrochenem Machtstreben und elitärem Größenwahn.

Durch die Tatsache, dass die Gruppe über mehr als ein Jahrzehnt ungehindert agieren konnte, konnte sie sich mit einer Aura der Unantastbarkeit umgeben. Jede neue Tat verstärkte diesen Machtrausch, nicht nur frei über Leben und Tod entscheiden zu können, sondern auch im Netzwerk des braunen Sumpfes einen ungebrochenen Beifall zu erhalten.

Dass ein rechtsextremistischer Mörder für seine Tat bewundert wird, gilt übrigens auch für die Potzlower Täter. Im Jugendvollzug wurde Marcel S. über Jahre als Held gefeiert. Er habe mit seiner Tat die Welt von „einem Stück Ungeziefer befreit“. Mehr als die Hälfte der Insassen im Jugendstrafvollzug haben ein von rechtsextremistischen Idealen geprägtes Weltbild. Marcel S. stand in der informellen Hierarchie des Gefängnisses ganz oben.

Anders als Marcel S. kannten Böhnhardt und Mundlos ihre Opfer nicht. Die Auswahl erfolgte nach einem immergleichen Muster. Die Täter suchten Gewerbetreibende wie Blumenhändler, Imbissbesitzer oder die Inhaber bzw. Mitarbeiter eines Internetcafés. In der Regel waren sie türkischer Herkunft, einer stammte aus Griechenland. Die Opfer waren ausnahmslos männlich und im zeugungsfähigen Alter.

Auffällig ist, dass alle ermordeten Migranten erfolgreich ihrem Gewerbe nachgingen, also Tugenden aufwiesen, die die Täter in ihrem reduzierten Weltbild dem Klischee des „fleißigen Deutschen“ zuordneten. Ein erfolgreicher Kleinunternehmer türkischer Herkunft, der Steuern und Sozialabgaben zahlt, war in diesem Sinne bereits ein Angriff auf ihr festgezurrtes Weltbild, in dem Migranten in der Regel nur als „Sozialschmarotzer“ vorkommen. Genau in dieser Gruppe Angst und Schrecken zu verbreiten, ihnen das Gefühl zu geben, in Deutschland nicht nur nicht erwünscht, sondern massiv bedroht zu sein, war Ziel der Zwickauer Gruppe. Und noch etwas könnte bei der Auswahl der Opfer eine Rolle gespielt haben: Böhnhardt und Mundlos hatten vor ihrem Abtauchen die Schule abgebrochen, waren arbeitslos, sind also in ihrer beruflichen Laufbahn gescheitert. Umso mehr muss sie der – wenn auch bescheidene – Erfolg der türkischen Unternehmer provoziert und an ihr eigenes Scheitern erinnert haben.

\*\*\*

Die Gewalt der Taten beginnt nicht mit ihrer Ausführung. Bei genauerem Hinsehen finden sich Ursachen dafür in den Sedimenten der Lebensgeschichten der Beteiligten und ihrer Familien – das heißt, im individuellen, aber auch historischen, ökonomischen und politischen Kontext der Biographien.

Marco und Marcel S., die Haupttäter im Mordfall von Potzlow, wachsen in weitgehend geordneten Familienverhältnissen auf. Der Vater ist in den 80er Jahren in einem volkseigenen Betrieb als Handwerker tätig, am Wochenende arbeitet er zusätzlich schwarz und ist deshalb selten zu Hause. Die Mutter ist als Köchin in einer Kindertagesstätte tätig. Zeitweise werden Marco und Marcel deshalb bei den Großeltern untergebracht. Marco hat schon bei der Einschulung

lung Lernschwierigkeiten, die sich verstärken, als er die Förderschule nach der fünften Klasse verlässt und in eine Hauptschule wechselt. Die eigentlichen Schwierigkeiten fangen an, als die Familie aus der Kreisstadt nach Potzlow aufs Dorf zieht.

Marco ist gerade 13 geworden, er tut sich schwer, sich in die Dorfgemeinschaft zu integrieren. Als er einem Jungen aus dem Dorf ein Moped entwendet, wird er von mehreren Jugendlichen überwältigt, geschlagen und misshandelt. Marco schämt sich, spricht mit niemand darüber. Er weiß, dass er auf seinen Vater nicht setzen kann. Der geht Konflikten lieber aus dem Weg. Kurze Zeit später wird Marco wieder von den Dorfjugendlichen malträtirt. Sie zwingen ihn, sich auszuziehen. Unter dem Gegröle der Jugendlichen wird ihm ein toter Aal um den Hals gebunden. Er wird durch angedrohte Prügel gezwungen, vor der Dorfjugend zu onanieren. Parallel eskalieren die Schulschwierigkeiten. Er schwänzt regelmäßig den Unterricht und fängt an, sich zu betrinken. In dieser Zeit lernt er einen ein paar Jahre älteren Rechtsextremisten kennen, der mehrere Jungen in Marcos Alter um sich schar.

Marco S. findet in ihm genau das, was dem eigenen Vater fehlt. Der Anführer einer Gang zeigt allen, wo es lang geht, und strahlt dabei Schutz und Autorität aus. Und noch etwas vermittelt der Ersatzvater: Eine Bedeutung, die nicht erst erworben werden muss, sondern schon qua Geburt vorhanden ist: Als Deutscher mehr wert zu sein als Menschen, die nicht in diesem Land geboren wurden. Die Gruppenzugehörigkeit hebt das angekratzte Selbstbewusstsein. Marco lässt sich jetzt eine Glatze scheren und trägt Springerstiefel. Die äußeren Attribute sind Ausdruck eines neuen Status: Treffen sich Freunde in dieser Montur, wechseln andere vorsichtshalber die Straßenseite. Diese Sekunden der Überlegenheit sind dann genau die Momente, um die es geht.

\*\*\*

Auch die Mitglieder der Zwickauer Zelle geraten früh in den Einfluss rechtsextremistischer Vorbilder. Auch bei ihnen sind es weniger politische Gründe, sich einer der Kameradschaften anzuschließen.

Uwe Mundlos, der spätere Drahtzieher und Motor der Zwickauer Zelle, kommt aus einem Professorenhaushalt. Der Vater ist zu DDR-Zeiten an der TU Jena Professor für Informatik. Er ist Parteimitglied mit gewissen Privilegien. Die Familie lebt in einer Plattenbausiedlung, einem Neubaugebiet in Winzerla. Sie wurde zu DDR-Zeiten für die Arbeiter der Carl-Zeiss-Werke errichtet, hier eine Wohnung zu bekommen, galt als Auszeichnung.

Uwe Mundlos hat einen jüngeren, schwer behinderten Bruder, um den er sich viele Jahre ausgiebig kümmert. Wie sein Vater interessiert er sich sehr für Naturwissenschaften. Er ist in der Schule unter den Besten. Er gilt als wissbegierig, liest Bücher über den Krieg, den er verherrlicht. Vor allem sein Großvater scheint den jungen Uwe stark zu beeinflussen, er soll ein überzeugter Nazi gewesen sein. Offenbar findet Uwe in ihm die Identifikationsfigur, die sein Vater nach der Wende für ihn nicht mehr sein kann. 1990 wird der Vater aus dem Universitätsbetrieb entlassen. Der Nimbus, mit einem angesehenen Wissenschaftler als Vater etwas Besonderes zu sein, schmilzt dahin. Uwe muss auch in der Schule erleben, dass die früheren Autoritäten

nach der Wende den Boden ihrer Argumentation verloren haben und auf die neuen Verhältnisse überfordert und hilflos reagieren.

Woran sollen sich junge Menschen im Alter von 16, 17 orientieren, wenn die Lehrer und die eigenen Eltern als identitätsstiftende Instanz ausfallen?

Uwe Mundlos trifft, genau wie Marco S., auf einen ein paar Jahre älteren Mann aus dem rechts-extremen Milieu. Er ist dabei, eine Kameradschaft aufzubauen. Er gibt vor, sich nicht mit dem gesellschaftlichen Wertezerfall abzufinden, sondern aktiv etwas dagegen zu unternehmen. Die ideologische Rückbindung der Kameradschaften an die vermeintliche Macht und Stärke des Dritten Reiches kennt Uwe Mundlos aus seiner eigenen Familie: Die ungebrochene Haltung seines Großvaters hat er schon immer bewundert. In seiner Identifikation mit ihm wird er zum Empfänger eines Auftrages, der Schande der deutschen Niederlage, dem Verlust des Großdeutschen Reiches, der Schwächung des Volkskörpers durch Volksfeinde und Verräter den Kampf anzusagen.

\*\*\*

Die Biographien der Täter von Potzlow und der Zwickauer Zelle haben bei aller Unterschiedlichkeit eines nicht: Merkmale einer offensichtlichen Verwahrlosung. Weder sind die Eltern alkoholkrank, noch wurden die Täter als Kinder misshandelt oder missbraucht. Ihre Biographien sind nicht besonders atypisch. Aber genau das ist das eigentlich Beunruhigende: Wie kann die exzessive Gewalt dann erklärt werden?

Das Erstarken des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern ist ohne die Veränderungen der ökonomischen und damit materiellen Lebenswelten nicht denkbar.

Auch in Potzlow wurden die Jahre nach der Wende als dramatischer Einschnitt erlebt. Von den ehemals 700 Beschäftigten der LPG waren zu Beginn der 90er Jahre noch ganze 20 übrig geblieben.

1992 tauchte in Potzlow ein Investor aus den alten Bundesländern auf: Er wollte die in den 50er Jahren enteigneten Ländereien seiner adeligen Vorfahren wieder in vollem Umfang zurückerwerben. Dafür arbeitete er eng mit den Vertretern der ehemaligen LPG zusammen. Drei der Chefs hatten den Betrieb nach der Wende weiter geführt. Der Investor stellte ihnen hohe Abfindungen in Aussicht, dafür müssten aber die etwa 50 Anteilseigner aus dem Dorf einem Verkauf zustimmen. Den Anteilseignern, die Jahrzehnte zuvor ihr Land, Vieh und Hof in die LPG einbringen mussten, wurden dabei nur wenige 1000 DM zugesagt. Einige weigerten sich, unter diesen Umständen zu verkaufen. Ein Riss ging durchs Dorf. Der Druck auf die, die nicht verkaufen wollten, nahm massiv zu. Wer verkaufswillig war, genoss Privilegien. Der Investor erlaubte ihnen, auf dem inzwischen privatisierten See zu angeln, den Verkaufsunwilligen wurde dieses Vorrecht verweigert. Als der sanfte Druck nichts half, wurde zu anderen Mitteln gegriffen. Scheiben wurden eingeworfen, hier und da brannte die Scheune eines Verkaufsunwilligen.

Der Hass der Dorfbewohner traf in den Folgemonaten nicht nur den Investor, sondern auch die Nomenklatura der LPG. Sie hatte aus der Sicht der Dorfbewohner mit dem Investor „ge-



meinsame Sache“ gemacht. Der gesammelte Unmut konnte sich aber ihnen gegenüber nicht entladen, dafür waren sie zu mächtig.

Dafür traf es die, die neu ins Dorf zogen. Das waren zum Teil wohlhabende Berliner, die sich am Potzlower See ein schönes Wochenendhäuschen ausbauten, aber auch die Zugezogenen. Dazu gehörten auch die Familie des Opfers und die der Täter.

Das Haus der Familie des späteren Opfers wurde mit Steinen beworfen, Scheiben gingen zu Bruch, der Briefkasten wurde heruntergerissen. Ähnliches berichtete auch die Familie der späteren Täter. Die Mutter sagt, dass sie zeitweise kaum noch den Hof verlassen habe.

Die Gewalt gegenüber dem ältesten Sohn Marco, dem späteren Haupttäter, hat in diesen Aufładungen ebenfalls eine Ursache.

Einer der Dorfbewohner, befragt nach der Tat, bringt die Einstellung vieler auf den Punkt: Der Mord habe mit dem Dorf nichts zu tun, da seien Fremde über Fremde hergefallen.

Der Fall Potzlow zeigt exemplarisch, wie in einem Dorf ein Wertevakuum entstehen kann. Die alte Nomenklatura diskreditiert sich, indem sie mit einem ungeliebten Investor zusammenarbeitet. Das Dorf wird in den Auseinandersetzungen aufgegeben. Aus Freunden werden Nachbarn, die man nicht einmal mehr grüßt. Als Essenz bleibt für viele Bewohner, dass sich im neuen System nur eines durchsetzt: das Prinzip Rendite. Dem fühlen sie sich nicht gewachsen. Die Antwort vieler Dorfbewohner darauf ist Verbitterung und Rückzug.

Ein Taxifahrer aus der Uckermark hat diese Haltung einmal exemplarisch auf den Punkt gebracht: „Wenn ich im Auto sehe, dass jemand von mehreren zusammengeschlagen wird, geb ich Gas und hab nichts gesehen. Nach außen heißt es immer, übe Solidarität, zeige Mitmenschlichkeit, hilf den Schwächeren – aber das, was eigentlich gefragt ist, sind nur Ellenbogen. Der andere ist dein Konkurrent, der kann dir gefährlich werden, dir deinen Job wegnehmen, also schieb ihn weg, solange du die Kraft hast. Das ist doch die Devise, alles andere ist Heuchelei.“

Die Haltung des Taxifahrers steht für viele, die über Jahre bei rechtsextremen Gewalttaten nicht eingeschritten sind oder aus dem Gefühl jahrelanger Ohnmacht und Resignation sogar dumpfe Sympathie dafür entwickelt haben.

Die Potzlower Mörder, aber auch die Mitglieder der Zwickauer Gruppe wurden stark von den Bildern geprägt, die Anfang der 90er Jahre über die Mattscheiben der Republik liefen. Ein empörter Mob vor allem jüngerer Menschen machte in Hoyerswerda und Rostock Jagd auf Asylbewerber, steckte ihre Heime in Brand. Hunderte schauten zu und applaudierten. Sie waren meist älter, sie hätten die Eltern und Großeltern der Täter sein können. Offenbar führte der marodierende Mob etwas aus, was viele sich wünschten, aber nicht trauten. Diese Erfahrungen gruben sich tief in die Biographien von Marco und Marcel S., aber auch bei den Tätern des Zwickauer Trios ein. Letztendlich, so die Botschaft, stehen wir mit dem, was wir tun, nicht allein. Wir haben einen Auftrag.

\*\*\*

In der Potzlower Täterfamilie gehen die Erfahrungen von Gewalt und Ohnmacht zurück bis zur russischen Okkupation nach dem zweiten Weltkrieg. Der Großvater der Täter musste mit ansehen, wie sein Vater von russischen Soldaten stranguliert wurde. Die Großmutter wurde von Russen vergewaltigt, sie wurde schwanger, hat das Kind in einer kalten Winternacht ausgesetzt, wo es erfror. Diese Traumata haben sich tief in die Familiengeschichten eingeschrieben. Sie sind mit Scham und Schuld verbunden. Die Großeltern haben erst am Sterbebett von diesen Erfahrungen gesprochen. Wer sich in dieser massiven Form als schuldig erlebt, wertet sich ab – und gibt etwas von dieser Entwertung an die nächste Generation weiter. Dass der Vater von Marco bei allem Bemühen dem Sohn nicht im Ansatz die nötige Anerkennung vermitteln kann, verwundert deshalb nicht. Es überrascht auch nicht, dass Marco sich sehr früh allen Leistungserwartungen gegenüber komplett verweigert. Weder zu Hause noch in der Schule wird der dramatische Entwertungszyklus erkannt.

Als Marco vielfach in der Schule fehlt, wird der Vater von der Schulaufsicht brieflich auf das fortgesetzte Schwänzen aufmerksam gemacht. Der Vater fährt den Sohn daraufhin persönlich mit seinem Wagen in die Schule und wartet, bis Marco im Eingang verschwindet. Doch Marco kommt nie im Klassenzimmer im ersten Stock an, er verlässt die Schule wieder durch den Hintereingang. Die Klassenlehrer weisen jede Verantwortung von sich, wenn der Schüler nicht im Klassenraum auftaucht, so sei das nicht ihr Problem.

Die Situation ist paradigmatisch. Sie beschreibt ein Verantwortungsvakuum, für das Eltern und Lehrer gleichermaßen verantwortlich sind. Es geht hier nicht um Schuldzuweisungen, sondern um die politischen und historischen Zusammenhänge, die dieses Vakuum genährt haben und zum Teil noch immer nähren.

Viele Lehrer waren überzeugt, dass das Schulsystem der DDR im Sinne der individuellen Förderung das bessere war. Für sie war es selbstverständlich, bei Problemen die Eltern auch zu Hause aufzusuchen. Nach der Wende gab es neue Richtlinien – Hausbesuche galten fortan als unerwünschte Kontrolle des Schülers. Viele Lehrer hielten das für verkehrt, folgten aber den Vorgaben. Da ihr Engagement als „Einmischung“ wahrgenommen wurde, reduzierten sie ihre Tätigkeit auf das Eigentliche: den Unterricht.

Aus Verunsicherung, aber auch aus falsch verstandener Toleranz unternahmen Lehrer auch nichts gegen Springerstiefel und Bomberjacken von Marco und vielen anderen. Es sei schließlich Sache der Eltern, sich um die Kleidung ihrer Kinder zu kümmern.

\*\*\*

In diesem Verantwortungs- und Wertvakuum bewegen sich auch Uwe Mundlos – und die beiden anderen späteren Mitglieder des Trios, Uwe Bönnhardt und Beate Zschäpe. Mundlos hat Anfang der 90er Jahre die Schule abgebrochen, er engagiert sich an einer anderen Front: Er kämpft für einen Treffpunkt für seine rechtsextremistischen Gesinnungsgenossen.

Uwe Mundlos zeigt sich entschlossen. Gegenüber einem Lokalreporter sagt er: „Wir haben einen Raum gesucht, und wir haben einen Raum gekriegt.“ Damit hat die Kameradschaft einen festen Treffpunkt. Der Club zieht viele Teenies an. Eine von den jungen Mädchen, die regelmäßig auftauchen, ist Beate Zschäpe – mit ungarischen Wurzeln, mit langem Haar und braunen Augen. Uwe Mundlos und Beate Zschäpe werden ein Paar.

Beate Zschäpe hat wie Mundlos ihre Jugend in einem der vielen neu erbauten Hochhausviertel in Jena-Winzerla verbracht. Die Eltern haben sich früh getrennt, Beate wächst bei ihrer Mutter auf. Das Verhältnis ist schwierig. Als die Mauer fällt, ist sie vierzehn. Sie macht eine Gärtnerlehre, findet dann aber keine Arbeit. Beate Zschäpe wird mit kleinkriminellen Aktivitäten auffällig: Sie stiehlt hin und wieder in der Kaufhalle, wird wiederholt beim Schwarzfahren erwischt. Sie streitet sich häufig mit ihrer Mutter, zieht sich immer stärker zurück. Nach außen gilt sie als sympathisches, eher unauffälliges Mädchen.

Zschäpe fühlt sich von Anfang an vom „Zusammengehörigkeitsgefühl“ der Kameradschaft angezogen. Nach außen gibt es klar benannte Feinde: Ausländer, Obdachlose, Linke. Sie will zeigen, dass sie auch als Frau zuschlagen kann. Nach zwei Jahren trennen sich Uwe Mundlos und sie. Uwe Böhnhardt wird ihr neuer Freund.

Böhnhardt ist der Gegentypus zu Mundlos. Er läuft mit einem Dolch herum, und er droht damit, manche nennen ihn den „Kampfhund“. Böhnhardt stammt aus einfachen Verhältnissen, und stimmen die Berichte, auch aus eher schwierigen. Er bricht die Schule ab, jobbt als Bauhilfsarbeiter, meist ist er arbeitslos. Er gilt als tickende Zeitbombe. Er schlägt ohne Vorwarnung zu, manchmal sind es einfach nur Menschen, die ihm auf dem Gehweg entgegenkommen. Beate Zschäpe ist mit ihm zusammen, ohne dass die Verbindung zu Uwe Mundlos abreißt. Die drei gelten als unzertrennlich. Zu dritt attackieren sie linke Jugendliche auf einem Weihnachtsmarkt im Zentrum von Jena. Beate Zschäpe tritt zu – und bricht einem Mädchen den Arm. 1992 wird sie deshalb von einem Jugendgericht zu einigen Arbeitsstunden verurteilt. Das wird sie nicht abschrecken, sich weiter zu radikalisieren.

\*\*\*

Auch die kriminelle Karriere von Marco S. nimmt weitgehend ungebremst ihren Lauf. Die Liste der Straftaten wird von Monat zu Monat länger: Fahren ohne Führerschein, Diebstahl, schwere Körperverletzung.

Viele seiner Taten werden aus Scham der Opfer nicht angezeigt. So soll Marco einmal mit Kumpels eine kurdische Asylbewerberin mit ihrem Baby attackiert haben. Er versucht, so die Aussage einer Beteiligten, der Mutter das Neugeborene zu entreißen und es in einen Fluss zu werfen. Nur durch beherztes Eingreifen mehrerer Männer sei dies verhindert worden. Die meisten Taten begeht er unter Alkoholeinfluss. Die Mutter meldet Marco bei der Suchtberatung an. Er geht nur einmal hin, meint, das sei nichts für ihn und trinkt weiter.

Gegen Marco S. werden diverse Verfahren eingeleitet, sie werden alle unter geringen Auflagen eingestellt. Nur einmal muss er eine Arreststrafe von wenigen Wochen antreten. So entsteht bei ihm der Eindruck, dass er sich mit den Straftaten noch in einem gesellschaftlich akzeptierten Toleranzrahmen befindet.

Was in der Entwicklung von Marco S., aber auch bei Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt fehlt, sind klar gesetzte Grenzen, die bei Überschreitung zu Sanktionen führen.

\*\*\*

Böhnhardt wird zwar 1993 wegen Diebstahls, Fahrens ohne Führerschein und gefährlicher Körperverletzung bereits einmal zu einer Haftstrafe verurteilt, die rechtsextremistisch motivierten Straftaten von Böhnhardt werden in den Folgejahren jedoch eher lax geahndet.

Im November 1996, sieben Monate, nachdem die Täter eine Puppe mit Judenstern und einer Bombenattrappe auf einer Autobahnbrücke postiert hatten, wird Böhnhardt von der Polizei kontrolliert. Die Beamten finden ein kleines Waffenarsenal im Kofferraum: Messer, beidseitig geschliffene Wurfsterne, Gaskartuschen. Den Ermittlern ist bekannt, dass er bereits mehrere Jahre beim rechtsextremistischen Thüringer Heimatschutz aktiv ist. Zahlreiche Gewalttaten gegen Andersdenkende in Jena und Umgebung gehen auf sein Konto. Die Staatsanwaltschaft ermittelt, aber Böhnhardt bleibt in Freiheit, die Staatsanwaltschaft sieht keine Fluchtgefahr. Im Juni 1997 wird das Verfahren eingestellt.

\*\*\*

Die meisten ehemaligen DDR-Bürger waren es gewohnt, dass der Staat und seine Organe für eine umfassende Daseinsfürsorge einstanden. Selbst wenn diese Form der Fürsorge als Beschränkung und Überwachung individueller Freiräume erlebt wurde, so sehnten sich gerade in der Nachwendezeit zahlreiche ehemalige DDR-Bürger nach einem Staat zurück, der Sicherheit und überschaubare Strukturen garantiert. Aus dieser Erfahrung heraus delegierten viele den Wunsch, den rechtsextremistischen Umtrieben Einhalt zu gebieten, an den Staat. Der habe sich „zu kümmern“.

Doch gerade in den Jahren nach der Wende verliert die Polizei maßgeblich an Autorität. Sie schreitet nur ein, wenn eine Anzeige vorliegt und manchmal auch dann nicht. Die Gerichte sind überlastet, die Ermittlungsbehörden nicht weniger. Viele Verfahren ziehen sich in die Länge oder werden vorzeitig eingestellt. So kommt es immer wieder vor, dass man ein schweres Gewaltdelikt begehen konnte und abends wieder von den Eltern empfangen wird.

Das führt bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern zu tiefer Rechtsunsicherheit – und einer inneren Emigration. Nach dem Motto: „Wenn der Staat nicht reagiert – warum sollen wir dann etwas tun?“ schauen sie bei den rechtsextremistischen Umtrieben einfach weg.

Unter diesen Bedingungen fällt es dem Trio nicht schwer, seine Aktivitäten fortzusetzen. Bald wird die nächste Stufe der Eskalation erreicht: Die Postierung von Bombenattrappen am Jenauer Theaterhaus und anderen Orten in der Stadt.

Die Ermittlungsbehörden können diese Straftaten Uwe Böhnhardt zuordnen. Er wird im Oktober 1997 von einem Gericht zu einer Jugendstrafe von zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Da das Gericht von keiner Fluchtgefahr ausgeht, verlässt Böhnhardt den Prozess als freier Mensch. Die Strafe muss er erst beim Eintreffen des Strafbefehls antreten. Das Gericht lässt sich Zeit, Böhnhardt und seine Kumpels nutzen sie, bauen weiter an ihren Bomben und tauchen dann im Februar 1998 ab.

\*\*\*

Jetzt komme ich wie angekündigt zum zweiten Teil meiner Expedition – zur Rolle der staatlichen Dienste.

Die drei Mitglieder der Zwickauer Zelle sind dem Thüringer Verfassungsschutz bereits seit Mitte der 90er Jahre bekannt. Ins Zentrum der operativen Maßnahmen rücken Mundlos und seine Mitstreiter mit ihrem Engagement im Thüringer Heimatschutz. Das hat einen naheliegenden Grund: Tino Brandt, der Gründer des extremistischen Verbandes, hat als V-Mann Informationen über das Trio an das Amt weitergegeben.

Tino Brandt beginnt 1997, den Thüringer Heimatschutz mit Mitteln des Landesamtes für Verfassungsschutz aufzubauen, mehr als 200.000 DM will er in diesen Jahren an Zuwendungen des Amtes erhalten haben. Brandt mietet für seine Kameradschaftstreffen eine Kneipe in einem kleinen Dorf nördlich von Rudolstadt. Das Geld vom Verfassungsschutz hält den lockeren Zusammenschluss am Leben – auch nachdem das LKA in der Dorfgaststätte verschiedene Waffen sichergestellt hat.

Nach ihrem Abtauchen haben Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe zu einzelnen Mitgliedern des Heimatschutzes immer noch Kontakt. Die Kameraden verhelfen dem Trio zu einem Unterschlupf in einer Zwickauer Wohngemeinschaft. Brandt versucht, ihnen mit Geldern des Verfassungsschutzes neue Ausweise beschaffen zu lassen. Doch das Geld kommt nicht bei der Zwickauer Zelle an, die Ausweise beschafft sich das Trio dennoch ohne Probleme. Der Thüringer Verfassungsschutz ist Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe unmittelbar auf den Fersen, Mitarbeiter kennen den Aufenthaltsort der Gruppe. Auch die Fahnder des SEK haben die drei im Visier. Warum ein Zugriff nicht erfolgt, ist bis heute ungeklärt.

Am 15. Mai 2000 entsteht im Auftrag des Thüringer Verfassungsschutzes ein gestochen scharfes Bild von Uwe Böhnhardt in Chemnitz. Die Verfassungsschützer leiten das Bild an das LKA weiter. Zu einer Festnahme kommt es nicht. Die Identifizierung der Personen auf den Fotos habe fast sechs Wochen gedauert, so die spätere Begründung des LKA. Im September 2000, wenige Tage vor dem ersten Mord an einem türkischen Kleinunterneh-

mer, gelingen dem sächsischen Verfassungsschutz mit einer automatischen Videoobservation zwei weitere Fotos von den beiden Gesuchten. Zu einem Zugriff durch die Fahnder kommt es auch jetzt nicht. Wenn die beiden Haupttäter schon so genau überwacht wurden, wie konnte es den Verfassungsschützern entgangen sein, dass Mundlos und Böhnhardt sich eine Waffe beschafft haben? Und dass sie wenige Tage nach dem Zwickauer „Videoshooting“ nach Nürnberg fahren, um dort ihren ersten Mord zu begehen?

Gesichert ist, dass Verfassungsschutz und die Landeskriminalämter im Fall des Zwickauer Trios eher gegeneinander als miteinander agiert haben. So wurde Tino Brandt von seinen Führungsoffizieren gewarnt, wenn das LKA ihm auf der Spur war. Umgekehrt hat das LKA sich lieber auf eigene Ermittlungen verlassen, Hinweise durch die operativ tätigen Kollegen des Verfassungsschutzes wurden nur schleppend bearbeitet. Darin zeigt sich ein durch Misstrauen und Konkurrenzgebaren entfachter Kompetenzwirrwarr zwischen den involvierten Behörden.

Das alleine erklärt aber noch nicht die Tatsache, dass das Trio ungehindert mindestens zehn Morde begehen konnte. Bundesanwaltschaft und Verfassungsschutz beharren auf der Einschätzung, dass die Täter sich komplett zurückgezogen hätten: Die Ämter hätten über V-Leute keinerlei Kontakt mehr zu dem Trio gehabt.

Dem widersprechen zahlreiche Begebenheiten, bei denen V-Männer unmittelbar im Umfeld der Täter gesichtet wurden.

Bei dem Mordanschlag von Böhnhardt und Mundlos auf den Betreiber eines Internet-Cafés in Kassel sitzt ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes im Nebenraum und wird Zeuge des Vorfalls. Auf einen Aufruf der Ermittlungsbehörden, sich zu melden, reagiert er nicht. Wenige Tage darauf wird er festgenommen. Der Mann arbeitet, wie sich später herausstellt, als V-Mannführer des Hessischen Landesamtes im Außendienst. In seinem Heimatort Hofgeismar wird er „Klein-Adolf“ genannt und gilt als überzeugter Rechtsextremist. In seiner Wohnung finden die Fahnder Abschriften von „Mein Kampf“, dazu mehrere Waffen, die er angeblich legal besaß. Verbindungen zu rechtsextremistischen Gruppen habe man seinerzeit nicht gefunden, so der ermittelnde Staatsanwalt. Der Verfassungsschutzmann wurde nach einem 24-stündigen Verhör wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Verdachtsmomente hätten nicht für einen Haftbefehl ausgereicht, so die offizielle Version der Ermittlungsbehörden.

Zahlreiche Fragen bleiben: Ist es Zufall, dass die Mordserie genau nach den Ermittlungen gegen den Verfassungsschützer endet? Bei vier der Morde habe „Klein-Adolf“, so die Ermittler, ein wasserdichtes Alibi nachweisen können. Für die weiteren Taten habe er Alibis genannt, die sich allerdings final nicht belegen ließen. Der ehemalige V-Mann arbeitet inzwischen im Kasseler Regierungspräsidium. Es bestehe kein Anlass, so die Ermittler, den ehemaligen V-Mann noch einmal vorzuladen, neue Erkenntnisse seien von dem Zeugen nicht zu erwarten.

Ob die Ermittler hierbei aus eigener Überzeugung oder dem Geheiß des Verfassungsschutzes, des Innenministeriums oder ihrer eigenen Aufsichtsbehörden gehandelt haben, wird sich wahrscheinlich nie aufklären lassen.

Der Verfassungsschutz ist den Tätern auch über die Überwachung ihrer Unterstützer dicht auf den Fersen. Einer von ihnen, Holger G., der für das Trio Wohnmobile mietet und ihm Ausweis und Führerschein überlässt, wird über viele Jahre vom niedersächsischen Verfassungsschutz bespitzelt. Holger G. sollte für Mundlos und Böhnhardt auch einen Auslandsaufenthalt in Südafrika organisieren. Auf der Farm eines befreundeten Rechtsextremisten wollten die Täter ihre Schießkenntnisse verbessern. Diese Erkenntnisse wurden seinerzeit vom niedersächsischen Verfassungsschutz als belanglos eingestuft und deshalb nicht gespeichert.

Sind diese Vorkommnisse als rein zufällige „Schlamperei“ eines Sachbearbeiters zu bewerten? Es fällt angesichts der zahlreichen Pannen und Irrtümer schwer, neben grober Fahrlässigkeit nicht auch einen Vorsatz in Betracht zu ziehen.

Das Trio konnte sich auf zwei Netzwerke verlassen: Das eine im Umfeld des Thüringer Heimatschutzes, das zweite vor Ort, das die Anschläge konkret unterstützte.

Das Wissen über das Trio und ihre Taten sickerte bis in die Randzonen der Netzwerke durch. Anders ist es nicht zu erklären, dass eine bekannte rechtsextremistische Band mit dem Namen „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“ die Morde in einem ihrer Songs besingen konnte. Während die Ermittler noch im Nebel nach den Drahtziehern suchen, beschreibt der Texter des Liedes einen Killer, der hassgetrieben Ausländer ermordet – als Phantom. Zitat: „Neunmal hat er bisher brutal gekillt, doch die Lust am Töten ist noch nicht gestillt“. Deutlicher kann eine Verbindung zwischen den neun Morden und einem rechtsextremistischen Täterkreis kaum hergestellt werden. Und wieder soll davon im Verfassungsschutz nichts bemerkt worden sein – und das bei über 100 V-Männern, die in der NPD und anderen Gruppierungen eingeschleust sind, neben den unzähligen weiteren Informanten von Polizei und Nachrichtendiensten? Haben die V-Leute wirklich alle nichts gewusst? Oder dürfen sie offiziell nichts gewusst haben?

Ein mögliches Indiz für die Nähe staatlicher Dienststellen ist auch in dem Umstand zu sehen, dass die Täter 2007 zahlreiche Bekennervideos aufwändig herstellen ließen, sie an verschiedene Adressaten versandfertig eintüteten – sie dann aber nicht abschickten. Sicher ist, dass sich mit der Verschickung der Fahndungsdruck stark erhöht hätte. „Die Täter wären spätestens vier Wochen danach gefasst worden“, so ein Ermittler. Offenbar wurden sie von fachkundiger Seite gewarnt, die Videos zu verschicken. Und das aus gutem Grund: Der Verfassungsschutz wäre bei Kenntnis von schweren Straftaten wie Mord verpflichtet, die Ermittlungsbehörden einzuschalten. Unterbleibt dies, so machen sich die Mitarbeiter des Dienstes strafbar. Sie könnten wegen Strafvereitelung im Amt und sogar wegen Beihilfe angeklagt werden. Von daher muss es im Interesse der Dienste gestanden haben, alles zu tun, damit die Straftaten nicht bekannt werden.

\*\*\*

Können staatsanwaltliche Ermittlungen Licht in diese Grauzone bringen?

Die Frage, ob und wie weit V-Leute Straftaten decken oder sich gar an ihnen beteiligen dürfen, wird aus dem Grundverständnis des Verfassungsschutzes in der Regel positiv beantwortet, wenn das strafrechtlich relevante Handeln der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen dient – und es sich um keine schweren Straftaten handelt.

Ein V-Mann genießt zuallererst den Schutz seiner Verbindungsoffiziere: Sie haben ein vorrangiges Interesse, das Vertrauen der „Quelle“ zu erhalten, um den Informationsfluss zu sichern. Sie sehen deshalb des öfteren großzügig darüber hinweg, wenn ein V-Mann aus dem Ruder läuft.

Die Verbindungsoffiziere werden von den Landesämtern und diese wiederum von dem jeweiligen Innenministerium gedeckt. Staatsanwälte, die diesen Freiraum hinterfragen, haben es mit mächtigen Gegnern zu tun. Nur in Ausnahmefällen wagen es Vertreter von Ermittlungsbehörden, eine Straftat eines V-Mannes zur Anzeige zu bringen.

Das liegt auch daran, dass Strafverfolgungsbehörden nur selten von solchen Straftaten erfahren. Nachrichten- und Geheimdienste sind gesetzlich nicht verpflichtet, ihnen bekannt gewordene Delikte anzuzeigen – außer wenn es sich um gravierende Straftaten wie Totschlag oder Mord handelt.

Stellvertretend für andere Vorstöße der Ermittlungsbehörden, Straftaten von V-Männern justitiabel zu machen, möchte ich hier auf einen Fall eingehen, der im Vergleich zu den Straftaten des Zwickauer Trios eher harmlos erscheint.

Der Vorfall, um den es hier geht, trug sich 2002/2003 zu. Er passierte in einer Zeit, als Böhnhardt und Mundlos bereits mehrere Morde verübt hatten.

Ein V-Mann des brandenburgischen Verfassungsschutzes hatte mehrere Tausend volksverhetzende CDs vertrieben, auf denen die Tötung bestimmter Personen des öffentlichen Lebens besungen wurde. Das Innenministerium versuchte, auf die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Einfluss zu nehmen, um möglichst geräuschlos eine Einstellung des Verfahrens zu erreichen. Die Erkenntnisse des V-Mannes würden dazu dienen, die Hintermänner des Vertriebssystems aufzudecken.

Der zuständige Staatsanwalt, zu dessen Tötung auch aufgerufen worden war, widersprach dieser Einschätzung. Er forderte eine grundsätzliche Diskussion der Problematik, um „die Grenzen der Strafbarkeit von V-Leuten künftig deutlich sichtbarer werden zu lassen“. Gerade in einem Bereich, der sich notwendigerweise einer externen Kontrolle weitgehend entziehe, müsse ein besonderes Gewicht auf Rechtsklarheit und Rechtstreue gelegt werden. Nur so könne dem öffentlichen Unbehagen entgegengewirkt werden, das ähnliche Vorfälle in den Jahren zuvor hervorgerufen hatte.



Der Staatsanwalt wollte anhand des Präzedenzfalles deutlich machen, dass der Verfassungsschutz im Namen einer behaupteten und tatsächlichen „Gefahrenabwehr“ nicht willkürlich Gesetze brechen kann. Die Generalstaatsanwälte und der Generalbundesanwalt nahmen den Vorfall zum Anlass, grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass V-Leute nicht verdeckt Propagandastraftaten begehen dürften, auch wenn sie damit angeblich noch so integere Fernziele verfolgten.

Für den Verfassungsschutz stellte dies nicht nur eine ungebetene Einmischung dar, mehr noch – offenbar wurde die Initiative des Staatsanwalts als Generalangriff auf den originären Herrschaftsbereich des Dienstes verstanden. Möglicherweise war die Reaktion der Dienste auch deshalb so harsch, da 2002 bereits durchgesickert sein könnte, dass verschiedene Landesämter in größerem Umfang von schweren Straftaten im Zusammenhang mit der Zwickauer Zelle Kenntnis hatten – und sie vielleicht sogar deckten. Wenn nun bereits Propagandastraftaten juristisch geahndet werden sollten, dann müssten Mitarbeiter des Dienstes umso mehr eine Strafverfolgung fürchten, wenn sie von schweren Straftaten wie Mord Kenntnis erhalten bzw. sie sogar gedeckt hätten.

In dieser Zeit registrierte der erwähnte Staatsanwalt Merkwürdigkeiten in seinem persönlichen Umfeld: Er traf vor seinem Haus eine Person an, die sich auffällig verhielt, angab, früher in der Straße gewohnt zu haben und sich bei der Schilderung der damaligen Gegebenheiten in Widersprüche verwickelte. Es verblieb bei ihm das Gefühl einer versteckten Warnung. Er und seine Freundin bemerkten, dass das Haus fotografiert wurde, in den Reifen der Fahrzeuge bei der steckten zeitgleich Nägel, was einen Werkstattmitarbeiter zu der Frage veranlasste, ob er Feinde habe.

Zuvor hatte sich Folgendes ereignet: Der Staatsanwalt fuhr auf der Autobahn bei wenig Verkehr mit hoher Geschwindigkeit, als ein LKW in der Ferne vor ihm auf die linke Spur ausscherete. Er nahm den Fuß vom Gas, bemerkte aber, dass der Wagen mit unvermindert hoher Geschwindigkeit auf den LKW zufuhr. Das Gaspedal war in dieser Position „eingerstet“. Kurz vor einem Aufprall gelang es dem Fahrer noch, den Zündschlüssel umzudrehen, aber geistesgegenwärtig nicht herauszuziehen und den Wagen auf dem Randstreifen ausrollen zu lassen. Ein hinzugezogener ADAC-Helfer meinte, dass jemand sich am Gaszug des Wagens zu schafeln gemacht habe. Er sei so verbogen worden, dass er ab einer bestimmten hohen Geschwindigkeit auskoppele. Ob der Wagen kürzlich in einer Werkstatt gewesen und dort vielleicht gepfuscht worden sei? Der letzte Werkstattbesuch, da war sich der Staatsanwalt sicher, lag lange zurück.

Der Staatsanwalt hat nach diesen Vorfällen von einer Anzeige abgesehen, denn er hatte nichts Konkretes für den ungeheuerlichen Verdacht in der Hand, dass der Verfassungsschutz dahinter steckte. Man hätte amtlicherseits die Vermutung schroff zurückgewiesen, als billige Retourkutsche bewertet, nach Beweisen gefragt, die er nicht zu bieten hatte, möglicherweise wären Gerüchte einer Überforderung, eines Burnout, einer psychiatrischen Erkrankung gestreut worden, der Mann wäre untragbar erschienen. So hat der Staatsanwalt geschwiegen, auch um nicht in eine ihm möglicherweise gestellte weitere Falle zu tappen.

\*\*\*

Fest steht jedenfalls, dass der Einzelne einschüchternden Maßnahmen der Geheimdienste bei den derzeitigen Strukturen hilflos ausgeliefert ist.

Wie ist es zu verhindern, dass Dienste in ihren Mitteln und Methoden von denen, die sie im Sinne einer verfassungsfeindlichen Gefahrenabwehr bekämpfen sollen, immer weniger zu unterscheiden sind? Wenn jedweder Einmischung in die inneren Handlungsfreiräume eines Dienstes mit massiver Gegenwehr begegnet wird, wer schafft es dann überhaupt noch, die Dienste zu kontrollieren?

Und noch eine weitere Frage stellt sich: Kriert der Verfassungsschutz nicht oftmals genau die Probleme, die er vorgibt, abzuwehren?

Viele der V-Männer werden durch Erpressung oder Bestechung angeworben. Sie haben deshalb in der rechten Szene ihre Nazi-Ideologie nicht abgelegt, sie verbreiten sie mit Unterstützung des Amtes weiter. Das gilt, wie im Fall von „Klein-Adolf“, offenbar auch für manche ihrer Verbindungsoffiziere.

Der Thüringer Heimatschutz wurde von einem V-Mann gegründet und über das Landesamt für Verfassungsschutz mit 200.000 DM alimentiert. 2001 flog der V-Mann auf, die Zahlungen wurden eingestellt. Noch im gleichen Jahr ging die Internetpräsenz des Thüringer Heimatschutzes vom Netz, kurz darauf löste sich die Organisation stillschweigend auf.

Es mag sein, dass diese Entwicklung zu Beginn der Maßnahme von den höheren Dienststellen nicht bewusst intendiert wurde. De facto gibt dieses Beispiel aber einen Einblick in die Wirkungsweise des Dienstes. Der Verfassungsschutz legitimiert seine Tätigkeit, indem er die Organisationen, die er überwachen soll, selbst am Leben erhält oder wie in diesem Beispiel sogar aufbaut.

Im Falle der Zwickauer Zelle ist das Versagen der Dienste auch ein Versagen der parlamentarischen Kontrolle. Da, wo Aufklärung am Platze wäre, wurden von den Diensten Spuren verwischt und Nebelwerfer installiert. Da, wo wirkliche Gefahr drohte, wurde sie nicht erkannt. Zehn Menschen könnten noch leben, wenn die Geheimdienste ihre Arbeit gemacht hätten.

Angesichts der intransparenten und zugleich ineffektiven, oftmals kontraproduktiven Strukturen des Verfassungsschutzes stellt sich die Frage nach seiner Reformierbarkeit. Will ein Dienst nicht auf seine Selbstabschaffung hinarbeiten, könnte er sich nur durch eine bedingungslose Kooperation bei der Aufarbeitung seiner grundsätzlichen Mängel legitimieren.

Wenn der Verdacht sich erhärtet, dass staatliche Stellen mit Rechtsextremisten kooperieren, vielleicht sogar eine Mörderbande über Jahre decken, dann unterminiert diese Entwicklung das Vertrauen in die staatlichen Institutionen – und damit in die Demokratie.



\*\*\*

Dass die rechtsextremistische Gefahr über so viele Jahre systematisch verkannt wurde, kann jedoch nicht nur dem Versagen der Dienste angerechnet werden. Die Morde an den türkischen Gewerbetreibenden wurden in allen Medien auf eine Verstrickung der Opfer in kriminelle Aktivitäten, auf Schutzgelderpressungen oder mutmaßliche „Ehrenmorde“ zurückgeführt. Ein rechtsextremistischer Hintergrund wurde nicht einmal angedacht, mehr noch, er war für viele undenkbar. Dieses Vorstellungsvakuum hat viel mit dem üblichen Umgang mit rechtsextremistischen Gewalttaten zu tun. Sie gelten als Ausnahmeerscheinung, die in Einzelfällen ab und an virulent werden. Aber im Kern haben sie mit dem Rest der Gesellschaft vermeintlich nichts zu tun.

Ich beobachte die politischen Reaktionen auf rechtsextreme Gewalttaten seit vielen Jahren. Auffällig ist, dass nach jeder rechtsextremistischen Schreckenstat von den politisch Verantwortlichen der gleiche Forderungskatalog aus den Schubladen geholt wird: Die NPD gehöre nun endlich verboten, die Jugendarbeit müsse intensiviert werden, besondere Förderprogramme für Initiativen gegen Rechtsextremismus müssten verstärkt unterstützt werden. Und auffällig ist auch, dass dieser Forderungskatalog bald wieder ad acta gelegt wird – bis zur nächsten rechtsextremistischen Gewalttat.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus hat eine nur sehr kleine Lobby, eine zu kleine offenbar. Der Maßnahmenkatalog der Bundesregierung der letzten Jahre zeigt, dass Projekte gegen den Rechtsextremismus faktisch eher behindert als gefördert werden.

Mit 24 Millionen Euro jährlich werden Vorhaben unterstützt, die den Rechtsextremismus bekämpfen. Doch bevor ein Antrag gestellt werden kann, muss der Antragsteller nachweisen, dass die dafür vorgesehenen Mitarbeiter auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Dafür müssen entsprechende Gutachten erstellt werden – in Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden und dem Verfassungsschutz. Bei Projekten, die sich die Bekämpfung des Linksextremismus auf die Fahnen geschrieben haben, entfällt diese Forderung. Auch der geforderte Eigenanteil des Antragstellers, also die Summe, die der Antragsteller selbst zu tragen hat, ist wesentlich geringer. Bei Projekten gegen den Rechtsextremismus beträgt er 50 Prozent, d. h. bei einer beantragten Summe von 50.000 Euro muss der Antragsteller 25.000 Euro selbst beibringen. Das ist für viele Initiativen eine unerfüllbare Hürde. Mit anderen Worten: Wer Projekte, die dem Rechtsextremismus den Kampf ansagen, wirklich fördern will, legt ihnen nicht diese Hindernisse in den Weg.

Zu Recht wird immer wieder festgestellt, dass es unerträglich ist, eine Partei wie die NPD immer noch mit öffentlichen Geldern zu fördern. Gleichwohl schleicht sich gegenüber dem Chor derjenigen, die ein Verbot anmahnen, ein Unbehagen ein. Der Verdacht kommt auf, dass es schlichtweg wohlfeil ist, sich für etwas zu engagieren, was ohnehin kaum Chancen hat, realisiert zu werden.

Die Tatsache, dass der Verfassungsschutz in den oberen Parteietagen der NPD seine Spitzel postiert hat, hat schon einmal zu einem Scheitern eines Verbotsantrages geführt. Den für ein erfolgreiches Verfahren notwendigen Abzug der V-Männer aus den Führungsriege der NPD wird der Verfassungsschutz kaum umsetzen wollen. In der Folge würden zahlreiche Spitzel

zwangsläufig geoutet – was den Quellenschutz und damit das Selbstverständnis des Dienstes im Kern treffen würde. Selbst wenn die Politik sich gegenüber dem Verfassungsschutz in diesem Punkt durchsetzen würde, so müssten alle Quellen vor einem erneuten Verbotsantrag bereits eine längere Zeit abgeschaltet sein. Das Beweismaterial darf nämlich laut dem Karlsruher Gericht nicht von möglichen V-Leuten beeinflusst sein. Wenn es aber keine V-Männer in den entscheidenden Positionen mehr gäbe, wer sollte dann das gerichtsverwertbare Beweismaterial für ein Verbotverfahren beschaffen?

Ein erneuter Vorstoß in Karlsruhe birgt nicht nur das Risiko eines zweiten Scheiterns, sondern könnte auch dafür sorgen, dass die NPD daraus erstarkt hervor geht.

In der aufgeheizten Debatte geht es also weniger um ein faktisches Verbot der NPD. Vielmehr steht das aktionistische Bedürfnis im Vordergrund, staatliche Handlungsfähigkeit zu beweisen. Dabei wird deutlich, dass die meisten der Politiker die Thematik nur so lange interessiert, wie sie auf den Titelseiten debattiert wird.

Im öffentlichen Bewusstsein wird die rechtsextremistische Gefahr auf einzelne Straftaten reduziert. Verschwinden sie aus den Schlagzeilen, erledigt sich damit auch die öffentliche Debatte darüber. Eine langfristige Auseinandersetzung mit dem Thema findet deshalb im politischen Raum kaum statt. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Wenn eine Region mit rechtsextremistischen Aktivitäten in Verbindung gebracht wird, verliert sie an Attraktivität. Kein ausländischer Geldgeber investiert in einer Gegend, in der er um die Sicherheit seiner fremdländisch aussehenden Mitarbeiter fürchten muss. Auch ausländische Touristen bleiben einer Region fern, die gehäuft mit Schlagzeilen über rechtsextremistische Gewalt aufwartet. Eltern melden ihre Kinder an einer Schule, die offenkundig ein Problem mit Rechtsextremismus hat, gar nicht erst an. Angesichts schwindender Schülerzahlen muss die Schule mit der Schließung rechnen. Wen wundert es da, wenn Direktoren versuchen, Probleme mit Rechtsextremisten nicht an die große Glocke zu hängen.

Angesichts dieser kollektiven Abspaltung der Problematik überrascht es nicht, warum die Debatte über die tieferen gesellschaftlichen Ursachen des Rechtsextremismus kaum geführt wird. Die Folgen sind fatal: Was nicht explizit zum Thema gemacht wird, existiert auch nicht.

Und ein weiterer Aspekt muss hier noch angeführt werden – für mich vielleicht der unbequemste, man könnte auch sagen, der schmerzhafteste, der für die Verdrängung eines manifest rechtsextremistischen Gewaltpotentials ursächlich ist.

Fremdenfeindliches Denken, der Wunsch nach einem durchgreifenden Politiker, der für Ordnung sorgt, die Verharmlosung der Nazidiktatur – das alles sind Haltungen, die von vielen geteilt werden, die gleichzeitig in Gewerkschaften und Kirchen engagiert oder Anhänger demokratischer Parteien sind und weit von sich weisen würden, mit diesen Tätern zu sympathisieren. Es gibt in diesem Sinne eine abgespaltene, nur schwer erkennbare Übereinstimmung bis in die Mitte der Gesellschaft mit einigen der Grundüberzeugungen der Täter. Auch deshalb konnte die Zwickauer Zelle über Jahre ungehindert agieren – unter Aufsicht von Mitarbeitern des Verfassungsschutzes, vielleicht auch von Zielfahndern der Landeskriminalämter, von Nachbarn, die wegsahen, von Wegbegleitern offen unterstützt, und zugleich vom eigenen Umfeld bewundert und gefeiert.

\*\*\*

Die Aufdeckung der Taten hat nicht dazu geführt, dass sich die Mitläufer im rechtsextremen Milieu davon distanzieren. Es gibt in Neonazikreisen eher eine Solidarisierung. „Es wird nun noch dreister aufgetreten als zuvor“, so ein Beobachter der Szene. Die Zahl der von den Behörden zum harten Kern gerechneten Rechtsextremisten ist in Thüringen, aber auch in anderen Bundesländern, in jüngster Zeit wieder gestiegen.

Ich glaube, dass man diese Entwicklung ohne emotional aufgeheizten Alarmismus, dafür aber in nüchterner Analyse in einen größeren Kontext einordnen muss.

In einem Land, in dem die Reichen immer reicher werden und die Armen immer ärmer, ist es (noch) ein Zeichen einer stabilen Demokratie, dass rechtsextremistische Tendenzen nicht so erfolgreich sind wie in anderen europäischen Ländern. Dass das so bleibt, halte ich für eher zweifelhaft. Angesichts einer weltweiten Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise wird die weitere Umverteilung von unten nach oben nicht an den Grenzen Griechenlands halt machen. Und damit wird die Gefahr eines neuen Nationalismus und dem damit verbundenen Rassismus auch in der Bundesrepublik zunehmen.

\*\*\*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sind meinen verschlungenen Analysen in das Ursachendickicht rechtsextremistischer Gewalt bislang mit bemerkenswerter Geduld gefolgt. Und jetzt fragen Sie sich zu Recht: Was kann man hoffen, was kann man tun?

Zwei Punkte erscheinen mir erwähnenswert:

1.  
Ein demokratisches Staatswesen muss sicherstellen, dass die Eigeninteressen seiner exekutiven Dienste dem Gemeinwohl nachgeordnet sind.

Wenn aufgrund mangelnder Transparenz, unklarer Strukturen und fehlender demokratischer Kontrolle der Verfassungsschutz das Ziel der Gefahrenabwehr verfassungsfeindlicher Bestrebungen in die Grauzonen eines rechtsfreien Raumes verlagert, müssen die bisherigen Zielsetzungen des Dienstes, seine Maßnahmen und Arbeitsweisen öffentlich untersucht und neu ausgerichtet werden. Wenn das nicht gelingt, wäre der Schaden, den ein Dienst durch seinen Fortbestand in seiner bisherigen Form anrichtet, definitiv größer als sein Nutzen. Dann muss über seine Abschaffung nachgedacht werden.

2.  
Ich habe ausführlich beschrieben, dass viele Rechtsextremisten in einem Werte- und Verantwortungsvakuum aufgewachsen sind. Das muss nicht so bleiben, das kann verändert werden, von jedem von uns.

Dieses Land leistet es sich immer noch, fast zehn Prozent eines Jahrganges nach einer abgebrochenen Schulausbildung sich selbst zu überlassen. Das ist ein Skandal, der längst zum politischen Alltag gehört und als solcher kaum noch die mediale Wahrnehmungsschwelle erreicht.

Weite Landstriche gerade in der ostdeutschen Provinz werden politisch aufgegeben. Fördermaßnahmen werden gestrichen, Schulen geschlossen, Jugendeinrichtungen zentralisiert, Sportvereine lösen sich auf. In vielen Orten verschwinden die letzten verbliebenen sozialen Einrichtungen.

Rechtsgerichtete Organisationen füllen das Vakuum, übernehmen die Betreuung von Hartz-IV-Empfängern, richten einen Fahrdienst in die Kreisstadt ein, organisieren Hausaufgabenhilfe und bauen das Jugendtraining eines bereits eingehenden Fußballvereins wieder auf. Immer wieder höre ich bei meinen Reisen in diese Regionen, dass die DVU oder die NPD sich eben kümmern.

Was Rechtsextremisten dort tun, ist in erster Linie keine politische Arbeit, sondern eine soziale. Sie ermutigen, helfen, hören zu. Auf diese Weise finden sie Zugang vor allem zu jungen Menschen.

Dieser Raum kann den Rechten streitig gemacht werden, von jedem von uns, täglich, stündlich.

Wer unsere Verfassung abschaffen will, muss bekämpft werden. Das ist keine Frage. Kompliziert wird es aber bei der Wahl der Mittel: Ausgrenzen ist vergleichsweise leicht und billig, das Integrieren oder Re-Integrieren extremistisch gewordener Menschen dagegen verlangt einiges von uns ab.

Aber es lohnt sich, das habe ich bei Gesprächen mit rechten Jugendlichen immer wieder erlebt. Meiner Erfahrung nach sind von fünf Rechtsextremisten vier noch mit Überzeugungsarbeit erreichbar, das heißt durch Zuhören, die richtigen Fragen und die besseren Argumente.

Ich bin überzeugt, dass wir eine Chance haben, rechtsextreme und jede andere Form von politischer Gewalt erfolgreich zu bekämpfen, wenn wir den Schutz unserer Verfassung als ureigene Aufgabe begreifen, die nicht delegierbar ist, nicht an die Politik, und schon gar nicht an ein Amt. Es geht um nicht mehr und nicht weniger, als den Kernsatz unserer Verfassung mit Leben zu füllen: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Ich danke Ihnen.

#### **Spielzeit 2011.2012**

Herausgegeben vom Staatsschauspiel Dresden → Intendant: Wilfried Schulz → Kaufmännischer Geschäftsführer: Christian Krentel-Seremet → Gestaltung: Andrea Ørsted → Alle Rechte liegen bei den Rednern.

## Dresdner Reden 1992 – 2012

### 1992

Günter Gaus – Christoph Hein – Egon Bahr – Willy Brandt  
Dieter Görne, Thomas Rosenlöcher, Uta Dittmann, Wolfgang Ullmann

### 1993

Hans-Dietrich Genscher – Friedrich Schorlemmer – Tschingis Aitmatow – Regine Hildebrandt  
Hildegard Hamm-Brücher, Heinz Czechowski, Heinz Eggert, Rainer Kirsch

### 1994

Heiner Geißler – Konrad Weiß – Wolfgang Thierse – Christa Wolf  
P. Lothar Kuczera S.J., Benedikt Dyrlich, Hanna-Renate Laurien, Antje Vollmer

### 1995

Horst-Eberhard Richter – Alfred Hrdlicka – Kurt Biedenkopf – Walter Jens  
Hans-Joachim Maaz, Werner Stötzer, Ludwig Güttler, Günter Jäckel

### 1996

Hildegard Hamm-Brücher – Margarita Mathiopoulos – Dževad Karahasan – Fritz Beer  
Wolfgang Lüder, Bärbel Bohley, Hubert Kross jr., Dieter Schröder

### 1997

Günter de Bruyn – Libuše Moníková – Günter Grass  
Thomas Rosenlöcher, Friedrich Christian Delius, Volker Braun

### 1998

Jens Reich – Fritz Stern – Adolf Muschg – György Konrád  
Janusz Reiter, Kurt Biedenkopf, Sigrid Löffler, Karl Schlögel

### 1999

Jutta Limbach – Brigitte Sauzay – Andrei Pleșu – Rolf Schneider  
Steffen Heitmann, Rudolf von Thadden, György Konrád, Hans-Otto Bräutigam

### 2000

Peter Sloterdijk – Wolfgang Leonhard – Wolf Lepenies  
Eberhard Sens, Johannes Grotzky, Friedrich Schorlemmer

### 2001

Adolf Dresen – Rita Süßmuth – Daniel Libeskind – Volker Braun  
Sigrid Löffler, Wolfgang Thierse, Heinrich Wefing, Friedrich Dieckmann

### 2002

Bassam Tibi – Alice Schwarzer – Daniela Dahn – Egon Bahr  
Reiner Pommerin, Alexander U. Martens, Ingo Schulze, Friedrich Schorlemmer

### 2003

Michael Naumann – Susan George – Wolfgang Ullmann  
Moritz Rinke, Peter Weissenberg, Jens Reich

### 2004

Hans-Olaf Henkel – Joachim Gauck – Karl Schlögel  
Martin Gillo, Frank Richter, Alexandra Gerlach

### 2005

Dieter Kronzucker – Klaus von Dohnanyi – Christian Meier – Helmut Schmidt  
Susanne Kronzucker, Aloys Winterling, Dieter Schütz

### 2006

Hans-Jochen Vogel – Heide Simonis – Margot Käßmann – Joschka Fischer  
Christoph Meyer, Dieter Schütz, Reinhard Höppner, Mario Frank

### 2007

Gesine Schwan – Valentin Falin – Gerhard Schröder – Oskar Negt  
Katrin Saft, Egon Bahr, Martin Roth, Friedrich Schorlemmer

### 2008

Elke Heidenreich – Lothar de Maizière – Peter Stein – Julia Franck  
Karin Großmann, Hans-Joachim Meyer, Peter Iden, Eva-Maria Stange

### 2009

Fritz Pleitgen – Jörn Rüsen – Jan Philipp Reemtsma – Meinhard von Gerkan  
Wolfgang Donsbach, Jürgen Straub, Harald Welzer, Wolfgang Hänsch

### 2010

Kathrin Schmidt – Dieter Wedel – Peter Kulka – Bernhard Müller  
Jörg Magenau, John von Düffel, Dieter Bartetzko, Eva-Maria Stange

### 2011

Charlotte Knobloch – Rüdiger Safranski – Jonathan Meese – Dietrich H. Hoppenstedt

### 2012

Frank Richter – Gerhart Rudolf Baum – Andres Veiel – Ingo Schulze – Ines Geipel



**3.2012**